Parteitagsnachlese : Umweltschutz und Verkehr : bevor uns die Luft ausgeht

Autor(en): **Bircher, Silvio**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340222

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bevor uns die Luft ausgeht

Referat von Nationalrat Silvio Bircher (AG) am Parteitag in St. Gallen

«Und wenn wir Sozialdemokraten wüssten, dass morgen die Welt untergeht, wir würden noch heute ein Apfelbäumchen pflanzen!»
Mit diesem abgewandelten Luther-Zitat will ich ausdrücken, dass uns Sozialdemokraten das grosse Bedrohungsmoment der Gegenwart, symbolisiert durch das Waldsterben, keine Ruhe lässt. Wir wollen kämpfen gegen alle Ignoranten und Egoisten, die nach dem Motto leben:
«Wir haben schon viele Katastrophen überlebt, wir werden ohne viel zu tun auch das Waldsterben hinter uns bringen . . .»
Wir wissen aber, dass es nicht nur um den Wald geht. Es geht auch um unsere eigene Zukunft und um ein lebenswertes Leben für die nächste Generation.
Deshalb wollen wir handeln, bevor uns allen die Luft ausgeht. Natürlich reden heute alle vom Umweltschutz und meinen, es müsste etwas geschehen – aber wenn es dann konkret wird, wie etwa beim Tempo 100, dann schert die Hälfte der Kantone aus, und der Bundesrat wird wankelmütig.
Alle reden sie zwar vom Waldsterben. Aber die von uns im Parlament längst geforderten Sofortmassnahmen werden hinausgezögert. Bund, Kantone und Gemeinden reden zwar der Förderung des öffentlichen Verkehrs als Beitrag zum Umweltschutz das Wort – aber dann kommen sie mit dem Antrag zu einer Tariferhöhung bei den Bahnen und lehnen Umweltschutzabonnemente ab.
Alle sind sie zwar gegen weiteren Strassenbau – aber dann kommt der Antrag auf 6 Autobahnfahrspuren beim Berner Grauholz, auf Erhöhung der Lastwagenbreiten, dann kommen Innerortsbegradigungen, Strassenverbreiterungen und, und, und – scheinbar alles Sachzwänge!
Da wollen wir einhaken.
Wo wir scheinbaren Sachzwängen noch rechtzeitig entgegentreten können, wo in der eidgenössischen Politik wichtige Entscheide erst noch fallen, wo eine Trendwende noch möglich ist.
Die SPS-Umweltkommission und die SPS-Verkehrskommission haben mit andern Parteigremien zusammen den letztjährigen Parteitagsentscheid als richtig befunden.
Die Lancierung einer Umweltinitiative wäre nötig geworden, wenn nicht nach dem Septemberparteitag 1983 das Umweltschutzgesetz besser als erwartet verabschiedet worden wäre.
Die Demontage der Gesetzesvorlage durch die konservativen Ständeherren wurde durch unsere SPS-Initiativdrohung dank dem wachen Auge der Umweltorganisationen und dem Druck der eidgenössischen Wahlen im Oktober noch knapp vor «Torschluss» verhindert. Die Angst der Bürgerlichen vor einem Denkzettel bei den eidgenössischen Wahlen verhalf unter Namensaufruf einem der zentralen Punkte, der «Verbandsbeschwerde», zum Durchbruch.
Wie im Parteitags-Antragsheft ausführlich dargelegt wurde, betrachten wir das neue Umweltschutzgesetz als genügende Grundlage für alle dort verankerten Massnahmen. Nötig ist allein der politische Wille zum Handeln, zum Inkraftsetzen der wichtigsten Verordnungen.
Die Verabschiedung eines 10-Punkte-Programms unter den Regierungsparteien – mit massgeblicher SPS-Schubwirkung – bringt weitere Vollzugsmassnahmen gegen die Luftverschmutzung in Sichtweite.
Aber alle Abgaskontrollen, Katalysatoren, das bleifreie Benzin und Verordnungen zum Umweltschutzgesetz sind defensiv.
Sie bringen keine Verminderung der gewaltigen Verkehrslawine, des riesigen Energieverbrauchs und der gewaltigen Landschafts- und Umweltschäden. Sie lindern nicht den Schmerz über die vielen Verkehrstoten und die enormen Gesundheitsschäden. Sie helfen uns nicht, das Gespenst der automatisch fliessenden Treibstoffzollmilliarden für immer mehr Strassenbau zu verscheuchen.
Das Zerstörungspotential der Verkehrspolitik ist gewaltig. Es ist das Ergebnis eines unkritischen Wachstums mit immer mehr Verkehrsaufkommen, Kulturlandverschleiss, Luftverschmutzung und einer immer grösseren Lärmbelastung für immer mehr Menschen
Der bundesrätliche «Waldbericht» vom September 1984 erwähnt als die mit Abstand am stärksten gestiegene Schadstoffquelle die giftigen Stickoxid-Emissionen aus dem Motorfahrzeugverkehr.
Sie haben sich seit 1950 fast verzehnfacht.
Auf dem Fusse folgen die Kohlenwasserstoffemissionen – die ebenfalls zur Hälfte vom Verkehr verursacht sind.
Mit unseren 10 Thesen und Anträgen zur Verkehrs- und Umweltpolitik wollen wir die Weichen für die Zukunft anders stellen. Wir wollen für den Umschwung zugunsten einer Verkehrsentwicklung kämpfen, die

auf den Schutz des Menschen, der Natur und der Energieressourcen besser Rücksicht nimmt.
Die Umlenkung bisheriger und neuer Verkehrsströme aber wird nur gelingen,
- wenn der öffentliche Verkehr attraktiver wird,
- wenn alle Regionen besser erschlossen und bedient sind,
- wenn die bisherigen automatisch fliessenden Strassenbaumilliarden viel stärker dem öffentlichen Verkehr und dem Umweltschutz zufliessen
- und wenn wir dem Individualverkehr Schranken entgegensetzen.
Die Anträge der SPS-Verkehrs- und Umweltkommission gelten schwergewichtig diesen Zielen:
Die Volksinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, zu deren verbesserten Abfassung wir mitgeholfen haben, soll von uns mitgetragen und unterstützt werden. Der öffentliche Verkehr würde mit einem Drittel aus den Treibstoffzöllen gefördert.

Diese Initiative war für uns auch ein Druckmittel bei der Nationalratsberatung zur Verwendung der Treibstoffzollgelder. Wenn unsere Forderungen nicht durchkommen, soll dieses neue Bundesgesetz von uns bekämpft werden. In diesem Sinne sind wir dankbar für die Sektionsanträge Basel-Spalen, Bern-Nord, Bern-Unterstadt, Dittingen und Wetzikon, welche zum Teil diese Thesen aufgreifen und verdeutlichen.
Wir werden im Referendumskampf gegen ein umweltfeindliches Treibstoff-Zollgesetz sicher nicht allein stehen, aber wir sind bereit, heute schon allein diesen Beschluss zu fassen. Ebenso wird von uns der neue Bundesverfassungsartikel zur Gesamtverkehrspolitik nur unterstützt, wenn er neue Prioritäten für den öffentlichen Verkehr setzt. Wir werden keiner «Strassenförderungskonzeption» zustimmen!
Die Anträge 5 und 7 befassen sich mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs und den Bundesbahnen. Die Tariferhöhung wird von unserer Fraktion in den eidgenössischen Räten bekämpft. Der Zeitpunkt dazu ist völlig verfehlt, gerade jetzt, wo da und dort (ein Kompliment den Baslern!) erste Versuche mit verbilligten Umweltabos Erfolge anzeigen.
Die gemäss SBB-Spardoktrin im Fahrplanentwurf angekündigte Streichung von rund 300 Regionalzügen zwänge zudem bisherige Bahnkunden, auf Auto umzusteigen.
Wir sagen es deutlich und bekennen uns dazu:
Für uns sind die SBB und öffentlichen Verkehrsmittel in den Städten und Regionen eine Dienstleistung für alle. Für das ganze Volk. Wir sind gegen das «Eigenwirtschaftlichkeitsdogma» und bekämpfen das engstirnige SBB-Kässelidenken vieler Bürgerlicher, welche den Bahnen mit dem sogenannten «Leistungsauftrag» ein Zwangskorsett verpassen wollten.
So wie Schulen, Spitäler, die Landwirtschaft und das Militär von öffentlichen Zuschüssen leben, so hat auch der öffentliche Verkehr Anrecht auf solche Gelder!
Die sozialen Kosten, die Umweltschäden der bisherigen Verkehrsentwicklung sind gewaltig. Wenn wir beim öffentlichen Verkehr weiter sparen, ihn zum sogenannten «Rentieren» bringen wollen, könnte zwar die SBB-Kasse entlastet werden. Aber der «volkswirtschaftliche» Gesamtschaden in allen Winkeln unseres Landes wird dafür gewaltig ansteigen - und das wollen wir Sozialdemokraten nicht, das will auch das Schweizervolk nicht!
Mit den Anträgen 3 und 4 bekämpfen wir auch Fehlentwicklungen, die eine weitere Verlagerung von der Schiene auf die Strasse brächten:
Die Erhöhung der Lastwagenbreite würde den Bahn-Güterverkehr weiter zurückdrängen.
Der Schwerverkehr auf der Strasse soll seine Kosten voll zahlen. Deshalb unterstützt die SPS die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und damit die VCS-Initiative.
Der Güterfernverkehr gehört von der Strasse auf die Schiene. Auch hier blieb es bisher bei Lippenbekenntnissen des Bundesrates.
Neben den für die nächste Zukunft entscheidenden Weichenstellungen in der Verkehrspolitik ergänzen unsere Anträge 7, 8 und 10 ein Massnahmenbündel, welches prioritär auf Gemeinde- und Kantonsebene angepackt werden sollte. Vor allem erwarten wir solche Impulse in der Umwelt- und Energiepolitik, die auf Grund der heutigen Verfassung und Gesetze möglich sind.
Wir lehnen ein weiteres AKW ab und verlangen ein Elektrizitätsgesetz auf Bundesebene (Strom sparen!).
Auch die Eindämmung der Strassenbauwut geschieht am wirkungsvollsten auf der Kantons- und Gemeindeebene. Hier fallen die Entscheide gegen breitere Innerortsstrassen, für Verkehrsberuhigungen, für den Fussgänger und Velofahrer. Hier gilt es alles zu tun,
- um motorisierten in nichtmotorisierten Verkehr umzuleiten,
- um Umweltschutz an der Quelle und am Verkehrsweg zu betreiben,
- um den öffentlichen Verkehr zu bevorzugen.

Ich schliesse mit einem Zitat unseres Bundesrates Willi Ritschard, der schon vor vielen Jahren als ehemaliger Verkehrsminister diese Stossrichtung als einer der ersten richtig vorgezeichnet hat: «Wenn wir

auf den Strassen und in den Städten nicht dem totalen Chaos entgegengehen und wenn wir endlich mit Taten beweisen wollen, dass wir auch Umweltschutz und höhere Lebensqualität wollen, liegt die Zukunft beim öffentlichen Verkehr.»

An uns liegt es, mit aller Kraft diesen Worten Taten folgen zu lassen!

Verdrängungen und Sündenbockdenken

Noch mehr unheimliche Patrioten

Zum Erscheinen der ergänzten Neuauflage

Ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle, die sich in der Schweiz für Politik interessieren, ist wieder da: «Die unheimlichen Patrioten», dieses Handbuch über all jene Gruppen und Organisationen, die sich ausserhalb der traditionellen Gruppen am rechten Rand des politischen Spektrums tummeln. Die Autoren Jürg Frischknecht, Ueli Haldimann und Peter Niggli haben das 500seitige Buch mit einem 300seitigen Ergänzungsteil 1979–84 aktualisiert. Darin wird die Entwicklung der verschiedenen Rechtsgruppen seit 1979 analysiert, die Porträts werden auf den neusten Stand gebracht, und vor allem werden auch alle Organisationen und Klubs erstmals beschrieben, die seit 1979 neu entstanden sind (zum Beispiel die «Aktion Kirche wohin», die «Bürgeraktion», der «Athenäum-Club», das «Basler Manifest», der «Schweizerische Freiheits-Bund», das «Medien-Panoptikum» sowie verschiedene Jung- und Neonazi-Gruppen).

Blind für gesellschaftliche Probleme, offen für rechte Bündnisse

Ein paar Monate lang Traktate und Interna von patriotischen Grüppchen zu sichten ist wenig erbaulich. Was da an dramatisierenden «Erklärungen» sozialer Vorgänge und an Ängsten vor gesteuerter Subversion zu Papier gebracht wird, ist häufig deprimierend wirklichkeitsfremd. Manchmal mussten wir der Versuchung widerstehen, die traurigsten und absurdesten Nummern des «Patrioten»-Ensembles eine nicht ganz ernst zu nehmende Revue passieren zu lassen. Zum Beispiel: Staatsbürgerliche Organisationen, die ernst genommen werden wollen, kommen zweifelsfrei zum Schluss, die Zürcher Jugendunruhen seien von der DDR gesteuert worden. Der ehemalige Redressement-Vize Lionello Torti sitzt wegen Devisenschiebereien in einem Römer Untersuchungsgefängnis, bevor er – auf Bewährung – wieder heim zu seinem «Liberi e Svizzeri» ins Tessin darf. Karl Friedrich Grau, jahrelang von höchsten Schweizer Militärs und Politikern protegiert, bricht sich bei der Flucht aus einem Luxemburger Gefängnis buchstäblich das Genick, während für seine «intern informationen» ein Wirtschaftskrimineller zeichnet. Im politischen Milieu verankerte Personen lassen Emil Rahm in ihrem Namen obskure Verschwörungsliteratur über Luzifers 5. Kolonne propagieren. Die Müsterchen liessen sich vermehren. Doch Achtung: Bedeutungs- oder harmlos sind viele dieser Organisationen nicht. Zwei Entwicklungen seien hier herausgegriffen.

Fixiert auf «Systemgegner», blind für Systemprobleme

Die gesellschaftlichen Probleme haben sich in den letzten Jahren – nicht nur in der Schweiz – zum Teil dramatisch verschärft: Drohender Umweltkollaps, Rüstungsspirale, Nord-Süd-Konflikt, Verknappung der Staatsfinanzen, um nur ein paar Stichworte zu nennen. Auf diese zum Teil neuen Problemlagen antworten die von uns porträtierten Gruppen weitgehend mit den alten Mustern. Sie reagieren nicht auf diese Probleme, sondern (wie es sich für Re-Aktionäre gehört) noch immer auf die Gruppen, die sich wegen dieser Probleme gebildet haben: Friedensbewegung, Drittwelt-Organisationen, Umweltgruppen usw. Sie laufen etwa Sturm gegen die subversiven Rotgrünen, die dem Schweizervolk einzureden versuchen, der Wald sterbe.

Die «Aktion Kirche wohin?» ist als Reaktion auf das gesellschaftspolitische Engagement eines Teils der Kirche entstanden. Die Medienpolizisten Marke Hofer-Club oder das «Medien-Panoptikum» attackieren Journalisten, die gesellschaftliche Probleme nicht verdrängen, sondern aufgreifen. Selbst hinter reformerischen, bei weitem nicht systemsprengenden politischen Vorlagen (etwa Eherecht, Zivildienst) wittern reaktionäre Zirkel in grösster Erregung revolutionäre Umtriebe. Die unausgesprochene Quintessenz: Wenn es die von Moskau gesteuerten Subversiven nicht gäbe, lebten wir freien Schweizerinnen und Schweizer in Frieden und ohne Probleme. So einfach, so dumm kommt die Argumentation gelegentlich daher.

Verdrängung und Sündenbockdenken also statt Analyse. Viel-